

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 30. April 2015.

Bei Enthaltung von Linken und CDU wurde die Tagesordnung angenommen, nachdem die CDU zuvor kritisiert hatte, dass zu dem Abrissantrag Waldschänke/Neubau von Wohnhäusern ein ihrer Meinung nach nicht zur Sache gehörender Antrag (Kommission Erhaltungssatzungen) vorgelegt wurde.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der FDP teilte die Verwaltung mit, dass die **Kanalbaumaßnahmen Heyestraße** zeitgleich mit dem Umbau der Straßenbahnhaltstellen Benderstraße durchgeführt werden, weil für beide Maßnahmen Sperrzeiten für die Straßenbahn notwendig sind. Dies war bereits im Oktober 2010 der Bezirksvertretung mitgeteilt worden, erneut auch mit den Beschlüssen im Mai 2014 und in einer Informationsvorlage im September 2014. Über den Ablauf der Kanalbauarbeiten in der Heyestraße werden die Anwohnern und Anwohnerinnen 2 Wochen vor Beginn der Maßnahmen informiert.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der Ratsfrau Krüger (Ratsgruppe Tierschutzpartei/freie Wähler) zu **Tierversuchen** in der Heinrich-Heine-Universität teilte die Verwaltung mit, dass die Genehmigung durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, Recklinghausen. Tierversuche werden an der Heinrich-Heine-Universität, im Deutschen Diabetes Zentrum sowie im Institut für umweltmedizinische Forschung Leibniz Institut durchgeführt. Zwischen 2005 und 2014 wurden 34 risikoorientierte unangekündigte Kontrollen durchgeführt. Beanstandet wurde u.a. zu wenig Stroh in der Schweinehaltung, unzureichende Beschriftungen von Käfigen, zuwenig Tierpfleger, Entsorgung verendeter Tiere im Hausmüll und Verwendung als Futter, als dies schon verboten war. Ein Tierversuch wurde durchgeführt, obwohl die Genehmigung nur für eine andere Universität erteilt war.

Die CDU fragte nach der **Sanierung der Wasserskulptur von Prof. Heinz Mack** auf dem Platz der Deutschen Einheit. Die Sanierung ist durchgeführt werden. Die Reinigung erfolgt derzeit, der Brunnen geht nächste Woche in Betrieb. Die Wasserqualität unterscheidet sich nicht von den anderen Brunnen. Gegen die Kalkablagerungen und Algen auf den Segeln aus Edelstahl wurden bisher keine zufriedenstellenden Lösungen gefunden. 2013 ist die Pumpentechnik erneuert worden.

Aufgrund einer Anfrage der CDU nach den Reaktionen und Auswirkungen aus der **Auflösung der Förderschulen**. Die Verwaltung teilte mit, dass eine Unterschreitung der Mindestgrößen nicht mehr möglich ist. Betroffen sind Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen oder Emotionale und soziale Entwicklung. Aufgrund des im März beschlossenen Konzeptes muss nur die Janusz-Korczak-Schule Wrangelstraße aufgelöst werden, die anderen Standorte können als Teilstandorte erhalten bleiben. Die Schüler/innen der Janusz-Korczak-Schule können an andere Schulen wechseln, ggf. auch im Klassenverband.

Aufgrund einer Anfrage des Rats Herrn Hartnigk (CDU) teilte die Verwaltung mit, dass die Gesamtkosten für die **Erneuerung der Zugsicherung der Tunnelanlagen der U79** in Düsseldorf 52,4 Mio Euro betragen. Die Kosten auf Duisburger Gebiet werden dort noch ermittelt. Für Duisburg ist eine 80 %ige Förderung durch ergänzende Mittel des Landes in Aussicht gestellt werden. Für den Düsseldorfer Anteil wurde ein Förderanteil von 20 % in Aussicht gestellt.

Kleine Kommission Kö-Bogen

Die Kommission wurde über die Planungen 2. Bauabschnitt informiert. Die Investoren haben sich über die gemeinsame Realisierung der Projekte geeinigt. Der LVR hat eine ablehnende Haltung hinsichtlich des Abrisses der unter Denkmalschutz stehenden Wandscheiben angekündigt. Außerdem wurde über die Vergabe des städtischen Grundstückes MK 8 am Martin-Luther-Platz beraten.

Anträge

Der Antrag der Linken die Unternehmen PriceWaterhouseCoopers, KPMG, Ernst & Young und Deloitte für keine weiteren **Abschlussprüfungen** oder sonstige Projekte der Stadt zu beauftragen, wurde abgelehnt.

Auf Antrag von SPD, BÜ90/Die Grünen/FDP wurde beschlossen, die städtischen **Liegenschaften** zukünftig konzeptionell zu bewerten. Ziele einer urbanen, kompakten und begrünten Stadtentwicklung sowie die Neuschaffung von bezahlbarem Wohnraum sollen die Grundlage sein. Entscheidungen über Verkauf, Vergabe in Erbpacht und Verbleib im städtischen Besitz soll sich an diesen Zielen orientieren. Zukünftige Verkäufe sollen durch Konzeptausschreibungen vorgenommen werden. Ziele und Bewertungskriterien sollen im Vorfeld definiert werden, z.B. zu städteplanerischen, ökologischen und sozialen Konzepten. Vor der Veröffentlichung sollen die Ausschreibungen mit den vorgesehenen Zielen und Kriterien in den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten werden (gegen CDU, Linke, freie Wähler, Tierschutzpartei).

Auf Antrag von SPD, BÜ 90/Die Grünen, FDP beauftragte der Rat einstimmig die Verwaltung, vor dem Hintergrund der Standortdiskussion, das benötigte Raum- und Funktionsprogramm für das **Albrecht-Dürer-Berufskolleg** zu erstellen und vor der Sommerpause vorzulegen.

Der Antrag der CDU, die Verwaltung zu beauftragen, einen Bericht zur Schadstoffbelastung des ehemaligen Thyssen-Krupp-Geländes in Benrath für eine mögliche Neunutzung des Geländes als Schulstandort vorzulegen, wurde von SPD, FDP, BÜ 90, Linken, Tierschutzpartei, freie Wähler, Pirat abgelehnt, weil die Untersuchungen bereits laufen, was der Oberbürgermeister ausdrücklich bestätigte.

Den Antrag der CDU, die Verwaltung zu beauftragen, im Falle einer Realisierung der Landes-Erst-Aufnahmestelle im Bereich der Bergischen Kaserne, auf die in unmittelbarer Nähe geplanten **Flüchtlingsunterkünfte** (Am Bongard, Blanckertzstraße) zu verzichten und im Interesse einer ausgewogenen Verteilung geeignete Ersatzstandorte im Stadtgebiet zu suchen, zog die CDU nach einer Sitzungsunterbrechung zurück, nachdem die FDP namentliche Abstimmung beantragt hatte. Zuvor hatte der Oberbürgermeister angedeutet, dass noch keine Klarheit wegen des Standorts der Erst-Aufnahmestelle und empfohlen, den Antrag zu gegebener Zeit erneut zu stellen.

Der Antrag der Linken, eine Änderung der Geschäftsordnung vorzulegen mit dem Ziel eine **Speicherung der Internet-Übertragung** der Ratssitzungen zu ermöglichen, wurde ergänzt durch die SPD, dass die Rahmenbedingungen im Ältestenrat besprochen werden sollen, und bei einigen Enthaltungen der CDU einstimmig beschlossen.

Der Antrag der CDU, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem VRR die Verhandlung über die **Höhe der förderfähigen Gesamtkosten für die Erneuerung der Sicherungstechnik** in den Tunnelanlagen der Stadtbahnlinien auf Düsseldorfer Gebiet wieder aufzunehmen mit dem Ziel, eine Erstattung von 80 % zu erhalten, wurde von SPD; BÜ 80/Die Grünen, FDP, Linken abgelehnt.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat bestätigte einstimmig den durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüften **Gesamtabschluss der Landeshauptstadt Düsseldorf zum 31.12.2011** und entlastete den Oberbürgermeister.

Der Rat nahm **Informationen zum vorläufigen Jahresabschluss 2014** zur Kenntnis: Die Jahresrechnung wird voraussichtlich mit einem Defizit von 136 Mio Euro abschließen, das durch die Ausgleichsrücklage (ca. 301 Mio Euro) gedeckt werden kann. Geplant war ein Überschuss von 3 Mio. Gründe für die Abweichungen von der Planung sind Rückgänge der Steuereinnahmen sowie Mehraufwendungen für Personal- und Versorgungsaufwand, Kindertageseinrichtungen, Unterbringung von Asylsuchenden. Die Nettofinanzposition der Stadt inklusive der Holding betrug zum Jahresende 156 Mio Euro und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 169 Mio Euro reduziert.

Der Rat beschloss die **Eckpunkte des Bäderkonzeptes 2020**. In Oberkassel soll ein Neubau (Kosten ca. 11 Mio Euro) ohne Saunaanlage den Altbau ersetzen. Es wird geprüft, ob auf dem Grundstück weitere Nutzungen möglich sind. Das Allwetterbad Flingern soll saniert (Aufwand mind. 3,2 Mio Euro) und durch den Neubau eines Schul- und Sportbades mit dem Schwerpunkt Barrierefreiheit und inklusive Schulsportversorgung (Kosten ca. 18 Mio Euro) erweitert werden. Das Hallenbad Benrath soll durch den Neubau eines Mehrgenerationen-Gesundheitsbades ersetzt werden (Aufwand ca. 23 Mio Euro). Im Obergeschoss sind Gesundheitsangebote Externer vorgesehen. Das Hallenbad Unterrath soll durch einen Neubau ersetzt werden (ca. 11 Mio Euro). Es wird geprüft, ob weitere städtische Einrichtungen in dem Gebäudekomplex integriert werden können. Grundstücksverkaufserlöse von geschätzten 15 Mio Euro sollen den Finanzierungsbedarf entlasten. Der Ergänzungsantrag der CDU, ein Hallenbad Oberkassel mit Bürgersaal und Räumen für Bezirksvertretung und Bezirksverwaltung zu erstellen, fand keine Mehrheit.

Der Rat nahm den **Denkmalbericht** für die Jahre 2013 und 2014 zur Kenntnis.

Der Rat nahm einen **Sachstandsbericht zu Maßnahmen und Kooperationen gegen Rechtsextremismus und rechte Gewalt** zur Kenntnis. In 2013 wurden 158 rechts extremistisch motivierte Straftaten begangen. Der Anstieg um 47 Straftaten gegenüber dem Vorjahr wird mit Fallsteigerungen im Zusammenhang mit der Bundestageswahl sowie größeren versammlungsrechtlichen Veranstaltungen gesehen. Zahlen für 2014 lagen noch nicht vor. Düsseldorf hat kein signifikantes Problem mit organisierten rechtsextremen Gruppen.

Im Bereich des Fußballs finden sich seit 2-3 Jahren vermehrt „alte“ Hooligans im Stadion ein. Auch wenn einzelne Personen einem rechtsextremen Feld zugeordnet werden können, sind die Gruppen nicht per se als rechtsextrem einzustufen. Das Fanprojekt des Jugendrings und die Polizei beobachten die Entwicklungen genau.

Die seit Dezember 2014 stattfindenden Dügida-Demonstrationen haben inzwischen weniger als 60 Versammlungsteilnehmer, die überwiegend aus anderen Städten kommen.

Der Düsseldorfer Appell wird in Absprache mit der Stadt und unter großer Mitwirkung von zahlreichen Verbänden, Vereinen und Gruppierungen ein Bürgerfest unter dem Motto „Humanität, Vielfalt und Respekt“ veranstalten und damit eine Alternative zu den Montags-Gegendemonstrationen organisieren.

Die Verwaltung hat bereits vor Jahren in Schulen und Jugendeinrichtungen Programme implementiert, die dazu beitragen, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine gewaltfreie Kommunikation und Interaktion nahezubringen. Dazu gehören die Projekte „Demokratie Lernen“, „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, „Politisch motivierte Kriminalität“ und „Respekt und Mut“. Im EU-Projekt LIAISE – Local institutions against extremism tauschen sich europäische Städte zum Extremismus aus und erarbeiten ein Handbuch mit praktischen Beispielen.

Gewaltopfer können sich an die Ambulanz für Gewaltopfer im Gesundheitsamt und an IDA NRW, die landesweite Opferberatungsstelle wenden.

Der Rat änderte einstimmig die **Hauptsatzung und die Richtlinien für die Tätigkeit der Bezirksvertretungen**. Die Bezirksvorsteher/in heißen nun Bezirksbürgermeister/in. Weitere Änderungen betreffen Aktualisierungen im Hinblick auf den Integrationsrat, den Seniorenrat, das Büro für Gleichstellung, bereits in der Gemeindeordnung geänderte Regelungen zu Kostenerstattungen/Aufwandsentschädigungen/Verdienstausschlag. Die Verhaltensregeln für Rats-, Ausschuss- und Bezirksvertretungsmitglieder werden auf die direkt gewählten Integrationsratsmitglieder ausgedehnt.

Der Rat beschloss einstimmig eine Änderung der **Geschäftsordnung** des Rates. Auf Antrag der Linken wurde mehrheitlich die Frist für Fragestunden in eine 2 Wochen-Frist geändert. Die übrigen Änderungen betreffen Aktualisierungen zum Seniorenrat und Integrationsrat.

Der Rat beschloss einstimmig (bei Enthaltung der Linken) den **Kinder- und Jugendförderplan** für den Planungszeitraum 2015 bis 2020. Umgesetzt werden nunmehr Maßnahmen, die schon im Förderplan 2009-2014 enthalten waren. Dies betrifft (Ersatz)Neubauten im Bereich Campus Fachhochschule, Froschkönig, Heerdter Landstr., Lichtenbroicher Weg, Kuthsweg, Himmelgeist/Itter, Lüderitzstraße. Die Wochenend- und Abendöffnungszeiten werden sukzessive ausgedehnt, und in jeder Freizeiteinrichtung soll es künftig zwei hauptamtliche Mitarbeitende geben. Die Jugendverbandsarbeit wird ebenso gestärkt wie die ehrenamtliche Mitarbeit in Jugendverbänden.

Der Rat beschloss (gegen Linke, einige SPD-Mitglieder, Tierschutzpartei, freie Wähler) die Freigabe eines weiteren **verkaufsoffenen Sonntagnachmittags** in den Stadtteilen Altstadt, Carlstadt und Stadtmitte am 27.9. aus Anlass der Büchermeile und des Abschlusses des Düsseldorf-Festivals im Jubiläumsjahr 2015.

Einstimmig beauftragte der Rat auf Antrag des Ausschusses für Gesundheit und Soziales die Verwaltung, nach der Sommerpause eine **Lenkungsgruppe Hilfen für wohnungs-/obdachlose Menschen** einzurichten, um die bestehenden Anforderungen im Bereich Wohnungs- und Obdachlosigkeit aufzugreifen, Handlungsempfehlungen zu entwickeln und Ergebnisse zu evaluieren. Die Arbeitsgruppe soll sich zusammensetzen aus den mit der Thematik befassten freien Trägern und Institutionen, den Akteuren/Akteurinnen der Verwaltung und der Politik.

Der Rat genehmigte (bei Enthaltung CDU, AfD, Rep) eine Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses: vier Wohnmodulanlagen zur **Unterbringung asylsuchender Personen und Flüchtlinge** werden von der IDR Projektgesellschaft angemietet an den Standorten Leuchtenberger Kirchweg, Blanckertzstraße, Grünewaldstraße und Meineckestraße. Für 2015 werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 1,5 Mio Euro sowie 355.000 Euro für Personal bereitgestellt.

Personalien

Der Rat beschloss einstimmig

- die Wiederwahl der Schiedsmänner Wolfgang Mingers (Unterrath, Lichtenbroich) und Norbert Wolf (Wittlaer, Angermund, Kalkum)
- Ingo Dolle und stellvertretend Dr. Gottfried Pache in den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde zu entsenden. Beide sind Mitglieder des Imkerverbandes.
- Herrn Stadtdirektor Abrahams im Aufsichtsrat der Stadtwerke AG durch den Oberbürgermeister Thomas Geisel zu ersetzen;

- anstelle von Gudrun Hock Cornelia Mohr in das Kuratorium der ZEO-Foundation zu entsenden;
- Gudrun Hock im Aufsichtsrat der Deutschen Oper durch Peter Knäpper zu ersetzen
- auf Vorschlag des Jugendrates dessen Vertreter/in und Stellvertreter/in in den Ratsausschüssen
- Andreas Auler (CDU) als Vertreter der Stadt in der Mitgliederversammlung der Vereins der Gemeinnützigen Stiftung Seniorenbetreuung Angermund e.V. zu bestellen;
- die Entsendung seiner Vertreter in die Veranstaltergemeinschaft Lokaler Rundfunk Düsseldorf e.V. (Antenne Düsseldorf). Die SPD wird weiterhin durch Claus Möller vertreten.

Bei Enthaltung der Linken und mit einer Gegenstimme aus der SPD entsandte der Rat die Mitglieder in den Aufsichtsrat der IPM Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH. Die SPD wird vertreten durch den Beigeordneten Burkhard Hintzsche sowie Claudia Bednarski und Peter Knäpper.

Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung des folgenden Projektes:

- **Mischwasserkanal Hildener Straße** mit voraussichtlichen Kosten von 5,52 Mio. Die derzeitige Einleitung des Niederschlagswassers der Hildener Straße und der Straße Am Buchholzer Busch in den Itterbach und den Schweißgraben entspricht nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen. Deshalb wird ein Mischwasserkanal gebaut, außerdem müssen die Kanäle bis zur Paulsmühlenstraße vergrößert werden. Bauzeit ist von Februar 2016 bis Februar 2018 vorgesehen;
- Sanierung und Optimierung der **Schlammbehandlung im Klärwerk Süd** mit einem Aufwand von voraussichtlich 8,73 Mio Euro. Die Maßnahme soll von Ende 2018 bis 2021 durchgeführt werden.

Schulbau

Zur Beschleunigung der städtischen Schulbaumaßnahmen traf der Rat einige Entscheidungen.

Er nahm zunächst eine Informationsvorlage zur **Koordinierung der schulischen Hochbaumaßnahmen** zur Kenntnis. Die verwaltungsinternen Organisationsstrukturen wurden verändert. Im Dezernat Jugend, Schule, Soziales und Sport wurde eine Projektgruppe „Schulische Hochbaumaßnahmen“ eingerichtet. Sie verantwortet die Vorbereitung und Umsetzung der Beschlüsse, beauftragt die Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH (IPM), begleitet die Projekte und beteiligt die politischen Gremien. Das Entscheidungsverfahren stellt sich künftig wie folgt dar:

1. Bedarfsermittlung
2. Beauftragung der IPM bis zum Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss mit Konkretisierung der Bedarfe
3. Beplanung des konkretisierten Bedarfs der Einzelmaßnahme
4. Umsetzungsempfehlung und Vorbereitung des Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses für die Gremien der IPM und der Stadt
5. Entscheidung über die Einzelmaßnahme in den Gremien der IPM und den Ratsausschüssen
6. Ausführung durch die IPM
7. Bau- und Finanzcontrolling durch die IPM mit monatlichen Berichten an die Gremien der IPM sowie die Nutzer
8. Übergabe der Einzelmaßnahme an den Nutzer, Gebäudemanagement entweder durch den Nutzer oder die IPM.

Der Rat beschloss gegen Rep zahlreiche **schulorganisatorische Maßnahmen** und beauftragte die Verwaltung, die erforderlichen Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse herbeizuführen:

- **Verlagerung der St. Rochus Grundschule** zum Schulstandort Gneisenaustraße 60 zum Schuljahr 2015/16, Sanierung und Renovierung der Räumlichkeiten, nach Verlagerung der Dependence des Max-Weber-Berufskollegs dreizügige Grundschule, Fertigstellung bis 2018, Kosten ca. 4,1 Mio Euro
- Erhöhung der Zügigkeit um zwei Züge an der katholischen **Carl-Sonnenschein-Grundschule** Graf Recke-Straße 153 zum Schuljahr 2015/16, Erweiterungsbau bis 2019, übergangsweise Klassenraumcontainer, Gesamtkosten ca. 10 Mio Euro
- Erhöhung der Zügigkeit um einen Zug an der katholischen **Grundschule Essener Str. 1** ab Schuljahr 2016/17, Um- und Ausbau bis 2018, Gesamtkosten 2,1 Mio, übergangsweise Klassenraumcontainer
- Erhöhung der Zügigkeit um einen Zug an der städt. **Gemeinschaftsgrundschule Max-Halbe-Str. 14** ab Schuljahr 2016/17, Sanierung und Umnutzung des derzeitigen Atelierhauses bis 2018 mit Gesamtkosten von 2,2 Mio Euro, übergangsweise Klassenraumcontainer
- Umbauten an der **Grundschule Kronprinzenstraße 107** zur Schaffung eines weiteren Unterrichtsraumes und eines OGS-Raumes, außerdem soll das Dachgeschoss für Unterrichtsräume ausgebaut werden
- Erhöhung der Zügigkeit um einen Zug am **Geschwister-Scholl-Gymnasium**, Redinghovenstr. 41 ab Schuljahr 2015/16, Deckung des Raumbedarfes durch Umbauten im Bestand
- Erhöhung der Zügigkeit um zwei Züge am **Cecilien-Gymnasium**, Schorlemerstr. 99 ab Schuljahr 2015/16, Errichtung eines Erweiterungsbaus mit Gesamtkosten von ca. 9 Mio Euro bis 2019, übergangsweise Klassenraumcontainer
- Erhöhung der Zügigkeit des **Max-Planck-Gymnasiums**, Koetschastr. 36, um einen Zug zum nächstmöglichen Zeitpunkt durch einen Erweiterungsbau mit Kosten von ca. 7,6 Mio Euro bis 2019
- Erhöhung der Zügigkeit des **Gymnasiums Gerresheim**, Am Poth 60 um einen Zug ab Schuljahr 2015/16 und Ausbau des Ganztages durch einen Erweiterungsbau bis 2019 mit Gesamtkosten von ca. 6,3 Mio Euro, übergangsweise Klassenraumcontainer
- Erhöhung der Zügigkeit des **Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasiums** Brucknerstr. 19 um einen Zug ab Schuljahr 2015/16, Errichtung eines Anbaus bis 2019 mit Gesamtkosten von ca. 6,3 Mio Euro, übergangsweise Klassenraumcontainer
- Herrichtung der Schulstandorte Lindenstraße 140 und Rosmarinstr. 28 für eine **vierzügige Gesamtschule bis 2019**, Gesamtkosten ca. 20,3 Mio Euro (der schulorganisatorische Beschluss war schon am 4.12.2014 gefasst worden).

Für 2015 wurden 2 Mio Euro für bauliche Sofortmaßnahmen und 4 Mio für Planungsmittel etatisiert. Der Kämmerer wurde ermächtigt, weitere Mittel zur Sicherstellung des Unterrichtsbetriebes bereitzustellen. Die geplanten Maßnahmen werden mit rd. 68 Mio Euro veranschlagt, wobei Kostenabweichungen bis zu 40 % möglich sind und der Baupreisindex 2014 zugrunde gelegt wurde. Der Ergänzungsantrag der CDU, ein weiteres vierzügiges Gymnasium zu errichten, fand keine Mehrheit. Auf Antrag des Piraten wurde mehrheitlich ergänzt, dass die aktuellen Schulbaugrundsätze den zuständigen Ausschüssen vorzustellen sind und bis Ende des Jahres eine stadteigenen „Schulbauleitlinie“ zu entwickeln ist.

Der Rat fasste einstimmig den **Grundsatzbeschluss zur Abwicklung folgender Pilot-Projekte über die IPM:**

1. Schritt:

- **Heinrich-Hertz-Berufskolleg**, Redinghovenstraße 6
Neubau eines 4-geschossigen Erweiterungsbaus gemäß Bedarfsbeschluss vom 18.1.2011 mit Kosten von 13,3 Mio für den Bau sowie 2,2 Mio für Einrichtung und Inventar

- **Dumont-Lindemann-Schule**, Kirchkampstraße 74-80 (Dependance der Gemeinschaftshauptschule Weberstraße sowie Nebenstelle des Gesundheitsamtes)
Gesamtsanierung einschließlich Schadstoffsanierung, Kostenrahmen aus 2011: 2,6 Mio, aktuelle Schätzung 4,7 Mio Euro
- **Werner-von-Siemens-Realschule**, Rethelstraße 13
Um- und Ausbau der Pausenhalle für eine Mensa, Kostenrahmen aus 455.000
- **Theodor-Andresen-Schule und Franz-Marc-Schule**, Lohbachweg 16-18
Sanierung des Mensa- und Aulatraktes, Kostenannahme für Mensa: 1,8 Mio
- **Montessori-Grundschule Farnweg 10**
Sanierung von Bestandsgebäude und Erweiterungsbau für Unterrichts- und Ganztagsräume, Kostenrahmen aus 2011 3,4 Mio Euro
- **Wichernschule**, Brorsstr. 5
Erweiterungsbau für Unterrichts- und Ganztagsräume, Kostenrahmen aus 2011 1,55 Mio Euro
- **Gemeinschaftsgrundschule Kronprinzenstraße 107**
Ausbau des Dachgeschosses für Unterrichtsräume

2. Schritt

- **Gesamtschule Lindenstraße 140/Rosmarinstr. 28**
Um- und Erweiterungsbauten an beiden Standorten für eine 4-zügige Gesamtschule, Kostenrahmen März 2015 18 Mio für den Bau und 2,3 Mio für Einrichtung/Inventar
- **Gymnasium Gerresheim**, Am Poth 60
Erweiterungsbau für Unterrichts- und Ganztagsräume, Kostenrahmen März 2015 6,1 Mio für den Bau, sowie 0,24 Mio für Einrichtung/Inventar
- **Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium**, Brucknerstr. 19
Erweiterungsbau für Unterrichtsräume, Kostenrahmen März 2015 5,4 Mio für den Bau und 0,94 Mio für Einrichtung/Inventar.

Zur Deckung der Planungskosten wird der Stadtkämmerer ermächtigt, bis zu 1 Mio Euro der IPM bereitzustellen. Noch nicht beschlossen wurde das Finanzierungskonzept. Die Verwaltung schlägt vor, Schulneubauten im Wege eines Mietmodells von der IPM im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durchzuführen. Die Neubauten sollen an die Stadt vermietet werden. Die Finanzierung soll durch Forfaitierung der Mietforderungen erfolgen. Dabei verkauft die IPM ihre künftigen Mietforderungen gegenüber der Stadt an eine Bank, die den abgezinsten Gegenwert zum Zeitpunkt des Abschlusses des Finanzierungsgeschäftes an die IPM auszahlt. Für Erweiterungen und Sanierungen an im städtischen Eigentum stehenden Schulen soll die IPM beauftragt werden. Die notwendigen Mittel sind aus dem Haushalt bereitzustellen. Auf Antrag der FDP wurde der Passus der Beschlussvorlage, das Heinrich-Hertz-Kolleg im Rahmen eines Mietmodells umzusetzen, gestrichen. Abgelehnt wurde ein CDU-Antrag, die Pilotphase (Umsetzung über die IPM) am 1.5.2017 abzuschließen und einen umfassenden Evaluationsbericht für die Haushaltsberatungen für 2018 vorzustellen.

Planungsrecht

Der Rat beschloss einstimmig

- die Flächennutzungsplanänderung **Hansaallee/Böhlerstraße** (Heerdt). Das bisher als Gewerbegebiet und Sondergebiet Baumarkt ausgewiesene 13 ha große Gelände soll nun überwiegend als Wohnbaufläche (ca. 1000 Wohneinheiten) ausgewiesen werden. Restflächen werden als Misch- und Sondergebiet für Nahversorgung und Parkplätze ausgewiesen. Eine Kindertagesstätte und ein Spielplatz werden dargestellt. Die Böhlerstraße wird als Hauptverkehrsstraße ausgewiesen;
- die Flächennutzungsplanänderung und den Bebauungsplan **„Münsterstraße/Nordstraße“**. Durch die Änderungen soll das Gebiet, das derzeit als Kerngebiet dargestellt ist, als lebendiges vielfältiges Stadtquartier mit Versorgungsfunktionen sowie Büro- und Wohnnutzungen erhalten werden. Das Gebiet wird nun als gemischte

- Baufläche dargestellt, Vergnügungsstätten und Bordelle werden ausgeschlossen, vorhandene Spielhallen haben Bestandsschutz;
- die erste Verlängerung der Veränderungssperre für das Gebiet „**beiderseits Hinter der Böck**“ (Hamm). Hier soll eine geordnete Wohnbaulandentwicklung in den Innenbereichen beider Baublöcke unter Berücksichtigung der dörflichen Struktur ermöglicht werden. Aufgrund eines OVG-Urteils muss der Bebauungsplanvorentwurf neu bewertet werden.

Der Rat beschloss in namentlicher Abstimmung (gegen CDU, Linke, Maniera bei Enthaltung des Piraten) die **Abbruchgenehmigung der Gebäude Freiheitsstr. 78** (Waldschänke) sowie die erforderlichen Befreiungen und Ausnahmen vom Bebauungsplan für den Neubau eines Wohnhauses mit 5 Wohnungen sowie vier Einfamilienreihenhäuser mit Stellplätzen. Vorausgegangen waren eine Ablehnung der Anträge durch die Bezirksvertretung, ein Widerspruch des Oberbürgermeisters und eine erneute Ablehnung durch die Bezirksvertretung. In mehreren Gesprächen am „runden Tisch“ mit Vertretern einer Bürgerinitiative, der Grundstückseigentümerin, dem Investor und der Verwaltung wurde versucht, eine Einigung über künftige Baumaßnahmen auf dem Grundstück zu erzielen. Für von der Bürgerinitiative vorgestellte Konzepte gibt es weder einen konkreten Investor noch einen Betreiber für die zu sanierenden Gebäude nebst Gastronomie. Der Neubau nimmt die historischen Gestaltungselemente auf. Ergänzend wurde mehrheitlich beschlossen, eine **Kommission Erhaltungssatzungen** bis zum Ende der Ratsperiode einzurichten. Vorhandene Satzungen sollen überprüft und ggf. überarbeitet und weiterentwickelt, Bebauungspläne angepasst und neue Satzungsgebiete identifiziert werden. Die Kommission soll bis Sommer 2017 einen Zwischenbericht im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung vorlegen.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**